

## Die Brochure Napoleons.

Die Brochure „Les titres de la dynastie napoléonienne“ ist heute erschienen. Dieselbe trägt als Motto die Worte: Vox populi, vox Dei, und beginnt mit folgender Einleitung: Wir sind auf den Gedanken gekommen, die verschiedenen Rundgebungen des Nationalwillens, welche unter den beiden Republiken und unter den beiden Kaiserreichen die napoleonische Dynastie begründet haben, in eine Publikation zusammenzufassen. Es schien uns, daß aus dieser für die Geschichte interessanten Zusammenstellung sich eine große politische Lehre ergeben könnte.

Der erste Abschnitt bespricht die Thaten Napoleon's I. Zuerst dessen Staatsstreich 1799, den 18. Brumaire, der „Frankreich und die Revolution rettete“, dann das Konsulat auf Lebenszeit (1802) und endlich das Empire (1804), wobei die verschiedenen Abstimmungen, die bei jeder Abänderung der Verfassung stattfanden, angeführt und die Proklamationen mitgeteilt werden, welche Napoleon I. bei diesen Gelegenheiten erlassen hat. Dann geht die Brochure zu Napoleon III. und zunächst zur „Präsidentenschaft der Republik“ über und spricht sich darüber folgendermaßen aus: Fünfzig Jahre sind dahingegangen. Der Kaiser wurde vom Auslande geführt, die Restauration und die Zulieferung wurden es vom Volke; Frankreich ist eine Republik, und der Erbe Napoleon's I., der, welchen der Senatbeschluss vom Floreal des Jahres XII. auf den Thron berief, befindet sich im Exil. Die Stimme des Landes ruft ihn dort auf. Der Prinz Louis Napoleon wird von vier Departements zum Volksvertreter ernannt. Er lehnt das ihm angebotene Mandat ab und bleibt auf fremder Erde, wohin die Eifersucht der provisorischen Regierung ihn zurückgewiesen hat. Sein Name erscheint mit erneuter Beharrlichkeit in allen partiellen Wahlen wieder und die vier Departements, welche ihn in die Nationalversammlung berufen, vermehren sich um ein neues Departement. Der Prinz kehrt hierauf nach Frankreich zurück und richtet an seine Mitbürger ein Manifest, worin er ihnen sagt: „Um mich aus der Verbannung zurückzurufen, haben Sie mich zum Repräsentanten ernannt. Am Vorabend der Erwählung des ersten Beamten der Republik tritt auch mein Name als das Symbol der Ordnung und Sicherheit entgegen.“ Einige Monate später fanden die Wahlen für die Ernennung des Staatsoberhauptes statt, und trotz der ganzen Macht einer bestehenden Regierung, trotz aller Bemühungen einer im Allgemeinen feindseligen Presse wurde der Prinz zum Präsidenten der Republik gewählt. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat: Zahl der abgegebenen Stimmen: 7,542,936.

Prinz Louis Napoleon	5,587,759
General Cavaignac	1,474,687
Lebrun Rollin	381,026
Kaspail	37,121
Lamartine	21,032
General Changarnier	4,975
Verlorene Stimmen	12,435
Annullirte Stimmen	23,991

Diese Ziffern sind dem Berichte entnommen, der am 20. Dezember der Nationalversammlung vorgelegt worden ist. Der Berichterstatter fügte hinzu, daß dieses noch nicht das ganz offizielle Resultat der Arbeit der Kommission sei, und sie es sich vorbehalten habe, eine Verifikation zu veranstalten. Aber es hat sich nirgends die Spur einer berechtigten Revision vorgefunden, die niemals angestellt worden zu sein scheint. Eine große Anzahl von Stimmzetteln, welche die Worte: „Napoleon Empereur“ trugen, wurde annullirt. Prinz Napoleon war mit der Majorität von 5,587,759 Stimmen zum Präsidenten der Republik ernannt.

Der zweite Abschnitt trägt die Ueberschrift: „Die zehnjährige Präsidentenschaft“, und beginnt mit folgender Einleitung: Man erinnert sich noch der Stimmung der Gemüther am Ende des Jahres 1851, welches das Datum einer neuen Ära für Frankreich ist. Während damals das Land, welches den Prinzen Louis Napoleon mit so großer Begeisterung gewählt hatte, nichts Anderes verlangte, als ihm seine Gesetze anzuvertrauen und sein Heil von ihm erwartete, gab die in ihrer Majorität aus den Erlärmern der Parteien zusammengesetzte Majorität das Beispiel einer leidenschaftlichen Koalition, welche in ihren fälschlichen Beratungen offen gegen den Präsidenten der Republik konspirirte. Zwischen den beiden aus der Wahlurne hervorgegangenen Gewalten konnte sich das Volk allein aussprechen. Der Prinz Napoleon erließ einen Aufruf an das Volk. Er richtete folgende Proklamation an dasselbe: (Folgt nun die Proklamation vom 2. Dezember 1851, das bekannte Dokument, worin der Staatsstreich angekündigt und die zehnjährige Präsidentenschaft vorgeschlagen wird, sowie die Zahlen über die Abstimmung, die bekanntlich 7,473,431 „Ja“ und 641,351 „Nein“ als Resultat hatte.) Ihr schließt sich die Rede an, welche der Prinz Louis Napoleon an die konsultative Kommission richtete, welche ihm das Resultat dieser Abstimmung in's Gehörte, wo damals Louis Napoleon noch wohnte, brachte, und die er mit folgenden Worten schließt: In der That bildet die Verwirklichung der Forderungen des Augenblicks durch Gründung eines Systems, welches die Autorität wiederherstellt, ohne die Gleichheit zu verletzen, ohne irgend einen Weg, welcher zur Verbesserung führt, zu verschließen, die wahre Grundlage des einzigen Gebäudes, das im Stande sein wird, später eine weise und wohlthätige Freiheit zu ertragen.

Der dritte Abschnitt führt den Titel: „Empire 1852“, und beginnt mit folgender Einleitung: Der Prinz Louis Napoleon hatte die Verlängerung seiner Gewalt als Präsident der Republik angenommen; stark in der Zustimmung des Volkes, hoffte er, daß zehn Jahre einer festen und liberalen Autorität hinreichen würden, um die Ruinen, welche man gebildet, wieder aufzubauen und die Ordnung in der Gesellschaft wieder herzustellen. Aber Frankreich wollte keine solche Unbeständigkeit in seinen Institutionen, das monarchische Gefühl regte sich in ihm mit unüberwindlicher Gewalt. Während seiner Besuche in den Departements vernahm der Prinz Louis Napoleon überall inmitten der Huldigungen, die ihm zu Theil wurden, den Wunsch, das Kaiserreich wieder hergestellt zu sehen. Alle Generäle schickten Adressen ein, in denen sie denselben Wunsch ausdrückten. In der Stadt Bordeaux hielt der Prinz eine Rede, welche so zu sagen die Wiege der kaiserlichen Monarchie geworden ist.

Nun folgt die Volkschaft, welche der Kaiser nach der Rückkehr von seiner Reise nach Bordeaux an den Senat richtete (4. November 1852) und worin er auf Grund der Rundgebungen während dieser Reise denselben die Proklamation des Kaiserreichs in Vorschlag bringt, dann die Formel der Abstimmung, die Rede, welche der nunmehrige Kaiser an die Deputirten hielt, die ihm das Resultat der Abstimmung überbrachten, und die Rede, welche der Kaiser nach der Proklamation des Kaiserreichs an den Senat und die Kammer hielt (Palast von St. Cloud am 1. Dezember). Die Brochure sagt dann weiter: Die Opposition gegen die präsidentenchaftliche Wahl war 1848 1,918,841 Stimmen stark; am 20. Dezember 1851 stimmten nur 641,351 gegen die zehnjährige Präsidentenschaft, und bei der Gründung des Kaiserreichs war die Opposition auf 253,145 Stimmen reduziert. Was jedoch vor Allem aus dieser Auseinandersetzung hervorgeht, ist, daß die napoleonische Dynastie während eines halben Jahrhunderts sechs Mal die Konsekration der nationalen Abstimmung erhielt. Dunkel und Neße haben den nämlichen Cyclus durchlaufen. Der eine wie der andere haben Frankreich von Abgründen hinweggerissen. Jeder von ihnen wurde dreimal berufen, war mit zeitweiliger, bald verlängelter Gewalt bekleidet, und beide ließen sich auf einem Throne nieder, den sie leer fanden. Konsulat und Präsidentenschaft liefen beide gleicher Weise in das Kaiserreich aus. Es steht in der Geschichte einzig da, daß in einem Zwischenraume von fünfzig Jahren, nach so manchen Ereignissen, die ihn niederbrückten, der Volkswille, wie ein lange unter dem Sande verlaufener Fluß, aus den tiefen Schichten der Gesellschaft wieder hervorbricht und sein Niveau der Unabhängigkeit und nationaler Größe wieder einnimmt. Das Plebiszit von

1852 antwortet wie ein Echo auf dasjenige von 1804. Die 4 Millionen, welche das Erlaunen der Geschickselundigen erregten, haben sich bis auf acht Millionen vermehrt, und Derjenige, welcher in Kraft der Verfassung des ersten Kaiserreichs zum Throne berufen war, wurde das Haupt des zweiten Kaiserreichs und vereinigte damit in seiner Person die Rechte der Erblichkeit und der Wahl. Von 1799 bis 1804 erhielt Napoleon I. zehn Millionen Stimmen. Von 1848 bis 1852 erhielt Napoleon III. deren zwanzig Millionen. Dreißig Millionen Stimmzetteln, gezeichnet vom französischen Volke, wofür das die Titel der napoleonischen Dynastie! Wie oben gesagt, haben diese Dokumente uns würdig erschienen, gesammelt und zusammengefaßt zu werden. Wir glauben, ihnen den Wortlaut der Verfassung von 1852 folgen lassen zu müssen. In einem Augenblicke, wo diese Verfassung, welche der Fundamentalspakt zwischen dem Volke und dem Kaiser geworden ist, der Gegenstand mehr oder weniger offener Angriffe und die Zielscheibe aller losisirten Meinungen wird, hat es uns von Nutzen erschienen, sie dem Publikum wieder unter die Augen zu bringen und an die Umstände zu erinnern, welche sie hervorgerufen haben. Aus den dem 2. Dezember 1851 folgenden Akten hat man sehen können, daß der Prinz-Präsident sich nicht darauf beschränkt hat, von der Nation außerordentliche Gewalten in Rücksicht auf Heilmittel für eine vorübergehende Situation zu verlangen, sondern daß er ihr ein ganzes Regierungssystem vorgelegt hat, welches den dauernden Bedürfnissen des Landes angemessen war. Er wollte nur dann ein, die Geschichte Frankreichs zu leiten, wenn dieses System, welches an die konsularische Tradition vom Jahre VIII. sich anknüpfte, von der Nation günstig aufgenommen wurde. Niemals, daß wir es sagen, wurde eine Bedingung klarer gestellt und einstimmiger angenommen. Die Prinzipien, aus denen die Verfassung hervorging, waren demnach das Resultat eines freiwilligen Einverständnisses. Wenn aber auch ihre Grundlagen fest sind und ohne ein Plebiszit nicht abgeändert werden können, so vertritt doch allmähliche Verbesserungen, es ist perfektibel. Das hat der Kaiser laut ausgesprochen am 31. Dezember 1851, als er sagte, er habe die Absicht, das Land zu einem weisen Gebrauche der Freiheit hinzuleiten. Fügen wir hinzu, daß das Dekret vom 24. November 1860 und der Brief vom 19. Januar 1867 diese Verbesserung vervollständigt haben. Die Verfassung vom 14. Januar 1852 ist wie man weiß, die Verfassung des Kaiserreichs geworden. Die in der Form der Regierung bewerkstelligte Aenderung hat als Wirkung die Abschaffung oder Verbesserung mehrerer Artikel gehabt, welche nicht mehr im Einklange mit dem neuen Zustande der Dinge waren. Es schien uns unnötig, auf diesen Unterschied aufmerksam zu machen, da die Einsicht des Lesers diese Andeutungen selbst vervollständigen kann. Was die Aenderungen einer anderen Art anbelangt, so entspringen sie aus den verschiedenen Staatsbeschläffen. Da sie so zu sagen, die Clappen der Regierung des Kaisers auf dem von ihr betretenen liberalen Wege bezeichnen, so beschränken wir uns darauf, diejenigen derselben anzudeuten, welche die meiste Wichtigkeit haben, und die großen Maßregeln aufzuführen, welche ihre fast sofortigen Konsequenzen waren. Wir erwähnen den Akt, welcher die Debatte des Senats der Publizität der Journale übergab und die Veröffentlichung der Diskussion der beiden Kammern in extenso durch die Senographie gestattet hat; der Sendung der Minister in die Kammern durch spezielle Delegation; das Interpellationsrecht; die Ausdehnung des Amendementsrechts für den gesetzgebenden Körper; das dem Senat bewilligte Recht, die Gesetze, welche ihm mangelhaft erscheinen, zur Prüfung an den gesetzgebenden Körper zurückzuführen; das Votum des Budgets nach Abtheilungen; das Aufgeben seitens des Kaisers, in Abwesenheit der Kammern supplementäre und außerordentliche Kredite zu bewilligen; die Gesetze über die Befugnisse der General- und Ministipalräthe; die Gesetze über die Pressefreiheit; das Gesetz über die Koalitionen, und endlich das über das Vereinsrecht, welches sich noch in Beratung befindet. Die Gesamtheit dieser Dispositionen ist so zu sagen aus den Leiden der Verfassung hervorgegangen, die sich allen Bewegungen der Freiheit willig hingibt und welche in dieser Beziehung eine ebenso sichere als fruchtbringende Neuerung war. Um den liberalen Charakter derselben zu würdigen, haben wir sie nur mit den Verfassungen der früheren Monarchien zu vergleichen. Der Kaiser hat dieses selbst in der folgenden Stelle der Rede, mit welcher er die Session von 1861 eröffnete, hervortreten lassen.

Es folgt nun diese Stelle, und dann die Verfassung von 1852 nebst anderen auf die verschiedenen Abstimmungen Bezug habenden Dokumenten. So der Inhalt der Brochure. Dieselbe erregt in Paris im Ganzen genommen wenig Aufsehen. Sie giebt zwar einigen Aufschluß über die Zukunft, indem sie zu verstehen giebt, daß wirklich liberale Konzeptionen nicht zu erwarten sind. Das war aber schon im Voraus bekannt. Im Ganzen genommen ist die Schrift aber doch geschickt abgefaßt, und wer nicht weiß, daß durch die verschiedenen Senatsbeschläffe und Gesetze die Lage im Grunde sich nur wenig geändert, in gewisser Beziehung sogar verschlimmert hat, der muß, wenn er die Reihe von Reformen, welche die Brochure aufzählt, betrachtet, wirklich glauben, daß das Kaiserreich seit 1852 großartige Fortschritte gemacht habe und der Kaiser ein ganz liberaler Mann sei.

Sehr ärgerlich wird dem kaiserlichen Autor aber die Kritik des „Debaté“ sein. Die ihrer Enttäuflung in folgenden Worten Lust macht: „Es ist entschieden leichter, die öffentliche Meinung zu erregen, als sie zu befriedigen; die Menschen, welche in der Politik wie im Theater lebhaften Aufregungen und neue Situationen lieben, werden nach dem Lesen der neuen Brochure ebenso enttäuscht sein, wie nach der des „sechsten Pakets“ (des Radicals von La Varenne). Die offizielle Presse unterliegt uns seit ziemlich langer Zeit schon von einer Veröffentlichung, die das größte Aufsehen zu machen und die Situation mit einem unerwarteten Lichte zu beleuchten bestimmt sei. Nach einem ebenso feierlichen als geheimnißvollen Artikel des „Gendard“ schien es sogar, als sollte uns dies Werkchen gegeben werden anstatt einer neuen Ausdehnung unserer Freiheiten, an die man einen Augenblick gedacht hatte, und Jeder, im höchsten Grade gespannt, fragte sich, was eine Brochure, die ein so kostbares Gut enthalten sollte, sein müßte. Wohl wie ist unsere Erwartung getäuscht worden! Man fragte sich lebend, welche Feder würdig wäre, dieses zu solchem lauten Gemauschel bestimmte Werk zu schreiben, und siehe da: zur Zusammenstellung desselben genügt eine Schere. Man giebt uns kaum mehr als einen Auszug aus dem Bunde von Thiers mit einer kleinen Anzahl von Dokumenten, die man bereits überall fand und einige aus dem „Moniteur“ ausgeschnittene Neben. Offizielle Blumen sind es, und der anonyme Autor hat aus Eigenem nicht einmal die Fäden gegeben, um sie zusammenzubinden. Diese Veröffentlichung konnte wenigstens ein gewisses historisches Interesse haben, wenn sie vollständig wäre, wenn sie alle wichtigen politischen Dokumente, welche die Geschichte des ersten und zweiten Kaiserreichs betreffen, enthielte. Zum Unglück aber kann man von diesem Gesichtspunkte aus die bedauerndsten Vorwürfe aufweisen.“ Das „Journal des Debats“ schließt mit folgenden Worten: „Am 31. Dezember 1851 sagte der Kaiser, daß er das Land zu einer weisen Ausübung der Freiheit zu führen beabsichtige. Der Verfasser der Brochure glaubt hinzufügen zu können, daß das Dekret vom 24. November 1860 und der Brief vom 19. Januar 1867 dies Versprechen erfüllt haben. Man sieht an dieser Phrasen, daß der Verfasser der Brochure zu der Gruppe von offiziellen Schriftstellern zu gehören scheint, die im vorigen Jahre durch die Reformen des 19. Januar verstimmt, sich selbstzufrieden bemähten, daß sie das letzte Wort des kaiserlichen Liberalismus enthielten und das nec plus ultra der Konstitution. Das genügt, um uns den Glauben an die Gerichte zu benehmen, welche man über den Ursprung der Brochure verbreitet hat, um uns zu zeigen, daß diese Brochure nicht die Bedeutung hat, die man ihr beimesen wollte. Wir appelliren also mit Vertrauen von dem anonymen Schriftsteller an den Staatschef, der die liberalen Forderungen nicht entnünftigen wollen kann.

Der erhabene Urheber der Konstitution muß sicherlich eifern, wie unpolitisch es wäre, bezüglich innerer Reformen ein „Jamais“ auszusprechen, welches die Zahl der systematischen Oppositionen vermehren würde, um den kaum veröffentlichten Freiheiten laut zuzurufen: „Lasciate ogni speranza.“

Solchen bitteren Worten gegenüber ist es nun freilich schlimm, daß das Hofblatt „France“ ganz ohne Rücksicht auf den „kaiserlichen Brochure“ spricht und es ist nur schwacher Balsam, der in die Stichwunden träufelt, wenn sie und die offiziöse „Patrie“ die Arbeit ganz köstlich und die Idee ausgezeichnet finden.

## Deutschland.

□ Berlin, 20. März. In der Presse befinden sich fortwährend die verschiedensten Nachrichten in Betreff der orientalischen Frage und namentlich auch in Betreff der Haltung Preußens derselben gegenüber. Bald soll Preußen mit Rußland eine Verständigung zur Lösung der orientalischen Frage eingegangen, bald Frankreich sich bemühen, dieses Einverständnis zu lösen, bald Preußen um die Vermittelung angegangen sein, eine Annäherung zwischen Frankreich und Rußland herbeizuführen. Was die Haltung Preußens in dieser Frage anbelangt, so liegt es in seinem Interesse, freie Hand zu behalten und seine Entschlüsse erst bei eintretenden Ereignissen zu fassen. Wenn aber Frankreich und Rußland sich über die zu ergreifenden Maßregeln verständigen wollten, so bedürfen sie dazu der Vermittelung Preußens nicht, da bei den Großmächten von einer Vermittelung überhaupt nur im Fall eines Streites die Rede ist. Die fremden Mächte kennen übrigens die Haltung des preussischen Kabinetts so genau, daß sie dasselbe schwerlich zu einer Vertretung ihrer Politik an fremden Höfen aufordern werden. Frankreich und Rußland haben selbstständig Verhandlungen in der orientalischen Frage geführt und werden sie auch ferner führen, ebenso wie Frankreich und Oesterreich ihre Ideen in dieser Angelegenheit ausgetauscht haben. Wenn endlich ein Artikel der „Patrie“ bemerkt, daß Oesterreich seine Zustimmung zu einer von Rußland vorgeschlagenen Konferenz wegen der orientalischen Frage von der Haltung Preußens zu derselben abhängig gemacht habe, so verdient derselbe schon darum keinen Glauben, weil er zur Voraussetzung haben würde, daß Preußen ein näheres Interesse als Oesterreich in der orientalischen Frage hätte. Oesterreich hat wegen seiner slavischen und rumänischen Bevölkerung an der Entwicklung der Dinge an der unteren Donau ein sehr großes Interesse, während die preussischen Interessen durch die Aufrechterhaltung der Umgestaltung der statischen Verhältnisse in dieser Gegend durchaus nicht beeinträchtigt werden. — Die literarische Fehde zwischen dem Geh. Rath Wagener und Dr. Dühring wird von der liberalen Presse im politischen Parteinteresse angebreitet und unter diesen Verhältnissen in widerwärtiger Weise breit getreten. Wie gewöhnlich laufen dabei viele Ungerimlichkeiten unter, wofür vor Allen der Umstand gehört, daß diese literarische Fehde mit der Besetzung der Stelle des Wirkl. Geh. Ober-Regierungsrath Costenoble in Verbindung gebracht wird. Die „Magdeb. Ztg.“, die sich überhaupt in neuester Zeit durch viele falsche und abgeschmackte Nachrichten auszeichnet, will sogar wissen, daß die Ernennung des Geh. Rath Wagener an Stelle Costenobles so gut wie sicher gewesen, in Folge des Dühring'schen Falls aber rückgängig geworden sei. Es läßt sich nicht gut denken, wie eine literarische Fehde einen solchen Einfluß üben soll, deren Schläge nebenbei noch gar nicht aufgeführt ist und die von einigen Zeitungs-Korrespondenten nur zum Scharlachmachen mißbraucht wird. Andererseits ist zu konstatiren, daß eine Kandidatur für die Stelle des Herrn Costenoble noch gar nicht aufgestellt worden ist, wozu vor der Hand auch um so weniger Veranlassung vorliegt, als die Neubesezung erst am 1. Juli erfolgt. Selbstverständlich wird für die Besetzung keine andere Rücksicht entscheidend sein, als daß zu der Stelle als erster vortragender Rath im Staatsministerium nur ein Beamter geeignet ist, dem reiche Erfahrungen in den verschiedenen Verwaltungszweigen zu Gebote stehen. — Anderweitigen Nachrichten gegenüber wird hier angenommen, daß die Regierung in Betreff der Renonniken einen Ausweg eingeschlagen will, der denselben Gelegenheit bieten wird, ihrer Militär-Dienstpflicht zu genügen, ohne daß dabei den religiösen Ueberzeugungen derselben Eintrag gethan wird. — Die große die Sorgfalt der Regierung für die neuen Provinzen ist, beweist auch der Umstand, daß während des vorigen Jahres 6 Millionen Pflänzlinge von Nadelholz und 1 Million von Laubholz an Gemeinden und Private in der Provinz Hannover als Geschenk oder gegen Erlegung des Taxwerthes überlassen sind. — Das Schulkollegium der Provinz Brandenburg will ermitteln, welche Ergebnisse für den später eintretenden Schulunterricht die Unterweisung und Erziehung in den Kindergärten liefern. Bei der großen Zahl der in Berlin bestehenden Kindergärten hat sich das Kollegium an den hiesigen Magistrat gewandt, um zu veranlassen, daß die Schulpflichter über ihre Erfahrungen nach dieser Richtung hin Mittheilung machen mögen. Es soll namentlich beobachtet werden, ob bei den Schülern und Schülerinnen, die früher Kindergärten besucht haben, die Befähigung für den Schulunterricht und die Schulerziehung auf die dortige Unterweisung gesteigert, oder ob sie in Folge der zu frühen und zu andauernden Anspannung der geistigen Kräfte geschwächt worden ist. — Im Ministerium der landwirthschaftlichen Angelegenheiten ist man mit der Aufstellung der Erdrusch-Tabellen der vorigen Ernte beschäftigt. Der Erdrusch in denjenigen Theilen des Landes, wo eine günstige Ernte gewesen ist, hat den begünstigten Erwartungen nicht entsprochen.

Berlin, 20. März. Die „A. A. Ztg.“ bringt eine ihr aus Hannover „von einer dem König Georg zugewandten Seite“ zugedachte Mittheilung, nach welcher der König schon bei dem Heflinger Fest ganz unumwunden seine Ansicht ausgesprochen, daß er von Preußen „keinen Groschen“ erhalten werde; diese Uebersetzung



habe er auch schon beim Abschluß des Vertrages gehabt. „Da er aber durch den Vertrag seinen Grundbesitz und seinen Rechten nichts vergeben habe, so habe er sich aus Rücksicht auf das braunschweigisch-lüneburgische Haus, dem der Vertrag früher oder später zu gute kommen könne, zum Abschluß desselben bereit finden lassen. Glücklicherweise befindet er sich in der Lage, es mit voller Ruhe ansetzen zu können, wenn Preußen den Vertrag nicht erfüllt.“ Der ganze Vertrag war also eine Kriegsgelb, um theils zur Silberkammer zu gelangen, theils dem Kronprinzen die splendide Abfindungssumme schon jetzt zu sichern, wenn die Restaurationsträume sich denn doch nicht verwirklichen sollten.

— Durch Rundschreiben vom 18. März hat Graf Bismarck den Mitgliedern des hiesigen diplomatischen Korps mit Berufung auf sein früheres Rundschreiben vom 26. Februar angezeigt, daß, obgleich sein Gesundheitszustand noch einige Vorsicht erfordere, er die Leitung des Ministeriums des Auswärtigen wieder übernommen habe.

— Gestern Abend hielt der Ausschuss des Bundesraths des norddeutschen Bundes eine Sitzung ab, in welcher der Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der politischen Beschränkungen der Eheschließung, beraten wurde.

— Die Kommission des Bundesraths zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Civilprozeßordnung für das Gebiet des norddeutschen Bundes hat sich für die Aufhebung der Personalschuldhaft im Prinzip entschieden und ist mit Entwerfung eines dahin gehenden Gesetzes-Vorschlages beschäftigt.

— Die dem Bundesrath des Zollvereins gemachte Tabaksteuer-Vorlage ist nunmehr zum Referate vertheilt worden, und zwar an den Vertreter Sachsens als Referenten und an den Vertreter Bayerns als Korreferenten.

— Ueber die bereits von uns erwähnten Unruhen in Kautschum erhält die „R. S. Ztg.“ jetzt nachstehende nähere Angaben: Am Sonnabend Nachmittag versammelten sich eine Masse Menschen zusammen (es wurde gerade Gespinnst vertheilt), die mit Gewalt von dem Nothstands-Comité Gelder erpressen wollten. Nach langem Debattiren verließen sich die Tumultuanten, versprachen aber Montag in größeren Massen wieder zu kommen und einzuhauen. Inzwischen gingen Drohbriefe ein, den Vereinsvorstehern sollten ihre Wohnungen demolirt werden, ja sogar Drohungen von Messerstichen u. s. w. waren brieflich ausgesprochen worden. Die Sache schien ängstlicher Natur zu werden und es wurde das R. Dragoner-Regiment in Tilsit durch expresse Boten um Hilfe gebeten; gleichzeitig wurde eine Bürgerwehr organisiert. Wirklich zogen Montag früh von allen Seiten, in Rotten von 10 bis 15 Mann, eine Unmasse Menschen ins Dorf, klopften aber doch, als sie von der bewaffneten Bürgerwehr hörten und wollten ihr Geschäft bis zum Nachmittag verschieben. Inzwischen rückten aber 40 Mann Dragoner und ein Offizier ein, worauf sich alsbald die Menge von den Straßen verzog und verschwand.

— Bezüglich der Spielfrage ist bei der Wiesbadener Kurhaus-Administration ein Schreiben des Herrn Ministers des Innern Grafen Eulenburg eingelaufen, in welchem derselbe mitgetheilt wird. Erstens, daß an dem vom 5. März publizirten Gesetz, das Verbot des Sonntagspiels betreffend, festgehalten werden müsse; zweitens, daß der Herr Minister, in Bezug auf die von den Herren Direktoren Schwind und Nass gemachten Vorschläge, sich nicht für befugt erachte, das Winterspiel während der Monate Januar, Februar und März zu befürworten; drittens, daß der Herr Minister der hiesigen Administration demnach die Bedingungen eröffnen werde, unter welchen ein Wiedereröffnen des Spiels in Wiesbaden vom 1. April 1868 gestattet sei.

— Aus Danzig meldet die „Danz. Ztg.“: Nach hier eingegangenen Nachrichten werden die an der königlichen Schrauben-Fabrik „Vincel“ im Dock zu Shanghai vorgenommenen Reparatur-Arbeiten früher, als man Anfangs erwartete, und zwar Ende dieses Monats, beendet sein. Das Schiff soll unmittelbar darauf seine Rückreise nach Europa antreten; es wird etwa im September in den heimischen Gewässern erwartet.

— Die Regierung des Vizekönigs von Egypten strebt schon seit längerer Zeit dahin, die in allen Ländern des Orients bestehende Konsulargerichtsbarkeit für Egypten zu beseitigen. Dem Vornehmen nach haben Anträge, die dahin zielen, die Zustimmung der Großmächte dafür zu erlangen, daß ihre Konsula auf Ausübung der Gerichtsbarkeit in Egypten verzichten, neuerdings theilweise Erfolg gehabt. England und Frankreich und auch Preußen sollen — mit Vorbehalt von Garantien für Einführung einer der Interessen der in Egypten lebenden Europäer sichernden Rechtspflege — sich bereit erklärt haben, die ihren Konsula zustehende Jurisdiktion aufzugeben.

**Königsberg i. P., 20. März.** Kommerzienrath Stephan ist aus dem Ausschuss des deutschen Handelslages geschieden; gleichzeitig hat das Vorstandsamt der Kaufmannschaft seinen Austritt aus dem Handelslage erklärt.

— Die Schiffsahrt für Dampfer ist heute durch die hier eingetroffenen Stettiner Dampfer „Preuss“ und „Borussia“, sowie die englischen Dampfer „Sewern“ und „Cossack“ eröffnet worden. Die Eröffnung der Schiffsahrt für Segelschiffe ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

**Dortmund, 19. März.** Der Abgeordnete Hartort wurde gestern bei dem hiesigen Kreisgerichte verantwortlich darüber vernommen, ob er der Verfasser des vor den jüngsten Reichstagswahlen von ihm unter seiner Namensunterschrift veröffentlichten Aufsatzes: „Keine neue Steuern!“ sei. Herr Hartort bejahte die Frage und behielt sich seine weiteren Ausführungen über den wahrheitsgetreuen Inhalt des Aufsatzes für die mündliche Verhandlung vor.

**Frankfurt a. M., 20. März.** Die Versammlung der Stadtverordneten erklärte sich in ihrer heutigen Sitzung mit dem von dem Magistrat an die Regierung gerichteten Schreiben einverstanden, durch welches letztere ersucht wird, der Stadt Frankfurt eine gesonderte Stellung direkt unter dem Oberpräsidenten zu geben.

**Darmstadt, 20. März.** Ueber die Wahlen zum Zollparlament sind bisher folgende Resultate bekannt geworden: Darmstadt-Groß-Gerau: Gabrielus 2534 Stimmen, Hoffmann 2465, Stuhlmann 75. Eine Neuwahl ist wahrscheinlich. Mainz: Bamberger 5951 Stimmen, Dumont 5122, Algr. Bingen: Meß 7098 Stimmen, George 2354. Worms-Heppenheim: Pfannenbröder 714

Stimmen, Finger 486. Von einzelnen Orten sind die Resultate der Wahlen noch unbekannt. — Die Wahlen Büchners im Odenwald und Ruglers in Offenbach sind wahrscheinlich.

**Mainz, 20. März.** Nach dem nunmehr feststehenden Resultat der hier stattgehabten Wahl zum Zollparlament erhielt Bamberger 6150, Dumont 5500, der Kandidat der Kasseleraner 350 Stimmen.

**Karlsruhe, 20. März.** Nach hier eingegangenen Mittheilungen ist im Wahlkreise Tauberbischofsheim die Wahl des ultramontanen Kandidaten Bissig für das Zollparlament ungewiss.

#### Ausland.

**Wien, 20. März.** Im Herrenhause wurde heute die General-Debatte über das Ehegesetz fortgesetzt. Für den Antrag der Majorität des Ausschusses (Einführung weltlicher Ehegerichte, der Nothwendigkeit und des bürgerlichen Eheschusses in Ehesachen der Katholiken) sprachen Graf Hartig, Feldmarschall-Lieutenant v. Gabletz, Freiherr v. Krauß und Graf Auersperg. Für den Minoritätsantrag sprachen Fürst Salm, Prof. Dr. Andls und Kardinal Schwarzenberg, welcher davor warnt, dem Kaiser einen Bruch des Konfessionsbundes anzurathen.

**Triest, 20. März.** Levantepost. Alexandrien, 14. März. Aus Antalo wird vom 26. v. Mts. gemeldet, daß König Theodor mit dem ganzen Heere in Nagbala verweilt; das Befinden der Gefangenen ist gut. Der Gesundheitszustand des britischen Heeres wird als völlig zufriedenstellend bezeichnet.

Ueberlandpost. Hongkong, 12. Februar. Der der „Peninsular Company“ zugehörige Dampfer „Nippon“ ist gescheitert; die Ladung ist verloren, mehrere Personen sind ertrunken. — Aus Japan wird gerüchelt, daß es zwischen den Eingeborenen und den dort anwesenden Franzosen und Amerikanern zu Feindseligkeiten gekommen sei; von japanischer Seite ist angeblich auf amerikanische Kriegsschiffe geschossen, die Fremden sollen sich in Hogo zur Abfahrt rufen.

**Bern, 20. März.** Dem Vernehmen nach ist bei den Verhandlungen wegen des schweizerisch-deutschen Postvertrages das Porto für frankirte Briefe durch das Gesamtgebiet der theilnehmenden Staaten auf 25 Centimes, für unfrankirte auf 50 Centimes fixirt worden.

**Paris, 20. März.** Der Prozeß gegen die Journale „La Situation“ und „Figaro“ kam heute vor dem Justizpolizeigerichte zur Entscheidung. Richard, der Redakteur des „Figaro“, wurde zu 2 Monaten Gefängnis und 5000 Francs Geldbuße, Grenier, Redakteur der „Situation“, zu 1000 Francs Geldstrafe (aber nicht zu Gefängnis) verurtheilt.

— In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde eine Vorlage eingebracht auf Bewilligung von 2 Millionen Francs zur Unterstützung der nothleidenden Bevölkerung Algeriens. — Jules Simon begründete seine Interpellation über das Institut der prud'hommes (Schlichter zwischen Arbeitern und Arbeitgebern). — Nachdem der Handelsminister geantwortet hatte, wurde über die Interpellation zur Tagesordnung übergegangen. — Mathieu verlas den Bericht der Kommission über den Antrag, die gerichtliche Verfolgung des Deputirten Bicomte de Kerougen zu genehmigen. Die Kommission befürwortet die Genehmigung des gerichtlichen Verfahrens, womit sich die Kammer einstimmig einverstanden erklärte.

**Paris, 20. März.** Im Senat wurde heute das Kontingenzgesetz angenommen, nachdem sich an der Debatte darüber die Senatoren Larabit, Menique, Leroy, Allard und der Kriegsminister Marschall Niel betheiligt hatten. Letzterer konstatierte die günstige Aufnahme, welche das Militärgesetz im Lande gefunden und die patriotische Bereitwilligkeit für den Dienst in der mobilen Nationalgarde.

**London, 20. März.** Bei dem Staatssekretär für Indien sind Nachrichten aus Assam eingegangen, welche weitere Mittheilungen über die Zusammenkunft zwischen General Napier und dem Fürsten Rissal enthalten. Nach denselben versprach der Fürst, welcher ein Gefolge von 10,000 Personen mit sich führte, die Preisgebung der englischen Truppen in seinem Gebiete anzuordnen. Am 2. d. M. war General Napier mit den Spitzen der Truppen und 4 Geschützen in Antalo angelangt. Der Vortrag rückte am folgenden Tage gegen Ascham.

**Madrid, 20. März.** Man versichert, daß die Regierung in Paris eine Anleihe im Betrage von 50 Millionen Francs abgeschlossen habe.

**Calcutta, 22. Februar.** Die Regierung sagt in der Erwiderung auf das Memorial der hiesigen Kaufleute in Betreff der anglo-indischen Telegraphenlinie, daß sie der Angelegenheit die größte Beachtung widme. Es ist darüber eine Depesche an den Staatssekretär für Indien geschickt worden. — Die Anknüpfung, daß die wöchentliche Post in Calcutta künftig an den Sonntagen geschlossen werden soll, hat sehr große Unzufriedenheit erregt. — H. Hon. Davis ist zum Sekretär des Aushern ernannt. William Muir hat die Stelle des Lieutenant-Gouverneurs der Nordwest-Provinzen vor Kurzem angetreten. Sein Nachfolger im Rath wird wahrscheinlich John Strachey. — Die neueste Expedition zur Erforschung des Königreichs Burmah ist im Vordringen begriffen. — Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein ist in Calcutta angekommen.

**Bombay, 29. Februar.** Die Baumwollendistrikte Khandesh, Berar und Central-Indien haben sehr durch Regen und Hagel gelitten. Man befürchtet, daß fast die halbe Ernte zerstört sein wird. — Die Regierung hat plötzlich angekündigt, daß vom 1. März an das Belastingen erhöht werden solle. Wahrscheinlich werden öffentliche Meetings stattfinden, um gegen diese Maßregel zu protestiren. — Telegramme von Peshawar melden, daß Ajmal Khan getödtet ist.

#### Pommern.

**Stettin, 21. März.** Durch die seit einigen Tagen stattfindenden Hebevorrichtungen zur Ableitung des Wassers aus dem sogenannten Schwanenteich und dessen Umgebung ist das Wasser bereits um 5 bis 6 Zoll gesunken. Nichts desto weniger wird es noch längerer Zeit bedürfen, um das Wasser — selbst wenn dies wider Erwarten gelingen sollte — vollständig zu beseitigen.

— Die „Preussische National-Versicherungs-Gesellschaft“ hier selbst hat gestern ihren Geschäftsabluß pro 1867 ausgegeben.

Die entnommen demselben folgende Spezialien. In der See-Versicherungs-Branchen wurden versichert 8,183,939 Thlr. und sie lieferten an Prämie 164,097 Thlr. 15 Sgr. Die Strom-Versicherungs-Branchen brachte an Versicherungs-Kapital 12,206,905 Thlr., an Prämie 20,212 Thlr. 26 Sgr. 2 Pf. Gegen Feuer-schaden wurden versichert 427,841,359 Thlr., mit einer Prämien-Einnahme von 688,370 Thlr. 9 Sgr. Das Ergebniß des Zinsen-Konto's ist 59,273 Thlr. 1 Sgr. 3 Pf. Die Ausgaben betrugen in der See-Versicherungs-Branchen für Rückversicherungs-Prämien, Sturm und Rückgaben 55,557 Thlr. 9 Sgr., für bezahlte und taxirte Schäden 72,744 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf., für Prämien-Reserve auf 1868 23,198 Thlr. 17 Sgr., zusammen 151,500 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. In der Strom-Versicherungs-Branchen für Rückversicherungs-Prämie, Rabatt und Agentur-Provision 7817 Thlr. 6 Sgr. 1 Pf., für bezahlte und taxirte Schäden 13,012 Thlr. 18 Sgr. 3 Pf., zusammen 20,829 Thlr. 24 Sgr. 4 Pf. In der Feuer-Versicherungs-Branchen für Rückversicherungs-Prämie 132,538 Thlr. 20 Sgr. 5 Pf., für Agentur-Provision 54,075 Thlr. 2 Sgr. 2 Pf., für bezahlte und taxirte Schäden 161,571 Thlr. 21 Sgr. 4 Pf., für Prämien-Reserve auf 1868 und eq. 211,801 Thlr. 5 Sgr., zusammen 559,986 Thlr. 18 Sgr. 11 Pf. Auf dem Effekten-Konto wurden abgeschrieben 6839 Thlr. 14 Sgr. 2 Pf. Die Unkosten betrugen 59,257 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf., vom Utenilien-Konto sind abgeschrieben 460 Thlr. 2 Pf. und vom Grundstück-Konto 1385 Thlr. 5 Sgr. 10 Pf. — Der Gesamt-Einnahme von 931,953 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. steht die Gesamt-Ausgabe mit 800,259 Thlr. 2 Sgr. 8 Pf. gegenüber, so daß sich ein Geschäftsgewinn von 131,694 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. ergibt. Nach Uebertragung von 4500 Thlr. auf das Dividenden-Ergänzungskonto und Abhebung der Lantime an den Verwaltungsrath und die Direktoren mit zusammen 6315 Thlr. 18 Sgr. 9 Pf. verbleiben 120,879 Thlr., welche eine Dividende im Betrage von 16 1/2 Thlr. pro Aktie an die Aktionäre ergeben. Der Reserve-Fonds verbleibt mit 300,000 Thlr. in der statutenmäßigen Höhe.

— Gestern Vormittag verunglückte ein beim Löschen des Dampfers „Milo“ beschäftigter Arbeiter dadurch, daß eine zu straff gespannte schwere Kette riß und mit einem Ende ihn derartig in das Kreuz schlug, daß er bewußtlos zu Boden stürzte und in das Krankenhaus geschafft werden mußte. Man befürchtet, daß die Wirbelsäule des Unglücklichen gebrochen ist.

— Eine berüchtigte Ladendiebin, die u. verheiratete Dobbertin, welche namentlich die Weihnachtszeit für ihre Thätigkeit benutzte, wurde damals zum Gefängnis eingeliefert, indessen nach einiger Zeit wieder entlassen, da ihr mütterliche Pflichten für ihre außerordentliches 6monatliches Kind oblagen. Ihre Freilassung hat sie indessen sofort zur Verübung neuer Diebstähle benutzt und ist ihrer Thätigkeit deshalb gestern neuerdings durch Verhaftung ein Ziel gesetzt worden.

— In der Zeit vom 18. zum 19. d. Mts. sind aus einer verschlossenen Bodenlampe Breitestraße Nr. 60 mittelst gewaltigen Ausbrechens des Vorhängeschlosses verschiedene Gegenstände durch den Arbeiter Sam. Franke aus einer Wohnung Junferstr. Nr. 4, während seine Schlafwartin sich aus derselben auf kurze Zeit entfernt hatte, eine silberne Cylinderschloß und einige Kleidungsstücke gestohlen worden.

**Stargard, 21. März.** Der gestern hier abgehaltene Viehmarkt war sowohl mit Pferden wie auch Rindvieh ziemlich stark besetzt. Die Preise waren hoch gestellt, und trotzdem daß mehrere fremde Käufer anwesend waren, so wurde doch unter den Pferden nur wenig, unter dem Rindvieh hingegen mehr gehandelt.

#### Schiffsberichte.

**Swinemünde, 20. März, Nachmittags.** Angelommene Schiffe: Rina, Petersen; Catharina Sophie, Petersen; Louise, Friedrichsen von Soendborg. Mary Ann, Simpson; Starbeam, Mannbin; Harriet Dabing, Petersen von Ribblesbro. Margaret West, Dodar; Janet Duncan, Scott von Dylart. Isabella, Nicholls von Burghhead. Albert, Nobel von Kopenhagen. Content, Rolfs von Rendsburg. Nimrod, Smith von Tappert. Wind: SW. Revier 15 1/2 F. Strom ausgehend. 6 Schiffe im Anlegen.

#### Börsen-Berichte.

**Stettin, 21. März.** Witterung: trübe. Temperatur + 9° R. Wind: W.

#### An der Börse.

Weizen niedriger verkauft, per 2125 Pfd. loco gelber inländischer 96 bis 104  $\frac{1}{2}$  nach Qual., hunder 98—103  $\frac{1}{2}$ , weißer 104—108  $\frac{1}{2}$ , ungarischer 92—98  $\frac{1}{2}$ , 83—85 pfd. Frühjahr 101 1/2, 100  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., Mai-Juni 101 1/2, 100 1/2  $\frac{1}{2}$  bez. Roggen stark weicher, per 2000 Pfd. loco 75—78  $\frac{1}{2}$ , galiz. 72 bis 74  $\frac{1}{2}$  bez., Frühjahr 75, 74 1/2, 73  $\frac{1}{2}$  bez., Mai-Juni 73 1/2, 74, 73  $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 72, 72 1/2, 71 1/2  $\frac{1}{2}$  bez., Juli-August 67 1/2  $\frac{1}{2}$  bez.

Gerste weicher ohne Handel. Hafer niedriger, per 1300 Pfd. loco 37—39  $\frac{1}{2}$ , 47—50 pfd. pr. Frühjahr und April-Mai 37 1/2  $\frac{1}{2}$  bez.

Erb sen ohne Handel. Rappkuchen loco hiesige 2 1/2 bez., fremde frei Bahn 2  $\frac{1}{2}$  7 Jr. Rübsöl unverändert, loco 10  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., März 10 1/2  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., April-Mai 10  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., Mai-Juni 10  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 10  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br., September-Oktober 10  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  Br. Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 20  $\frac{1}{2}$ , 1  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., Frühjahr 20 1/2, 20  $\frac{1}{2}$  bez., Mai-Juni 20  $\frac{1}{2}$ , 1  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez., Juni-Juli 20  $\frac{1}{2}$   $\frac{1}{2}$  bez. u. Gd.

Angemeldet. 500 Bbl. Hafer. Requirungs-Preise: Weizen 101, Roggen 74, Rübsöl 10 1/2  $\frac{1}{2}$ , Spiritus 20.

#### Landmarkt.

Weizen 98—109  $\frac{1}{2}$ , Roggen 76—79  $\frac{1}{2}$ , Gerste 53—55  $\frac{1}{2}$ , Hafer 38—40  $\frac{1}{2}$  pr. 26 Scheffel, Erbsen 70—72  $\frac{1}{2}$  pr. 26 Scheffel, Stroh pr. Schock 7—7 1/2  $\frac{1}{2}$ , Heu pr. Ctr. 14—18 Jr.

**Hamburg, 20. März.** Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco geschäftlos. Weizen auf Termine matt. Roggen weicher, abwärts mehr beachtet. Weizen pr. März 5400 Pfd. netto 177 Banthaler Br., 176 Gd., März-April 176 1/2 Br., 176 Gd., per Frühjahr 176 Br., 175 Gd., Roggen pr. März 5000 Pfd. brutto 134 Br., 133 Gd., pr. März-April 131 Br., 130 Gd., per Frühjahr 131 Br., 130 Gd., Rübsöl besser, loco 23 1/2, per Mai 23 1/2, per Oktober 24 1/2. Spiritus ohne alle Kaufkraft, zu 28  $\frac{1}{2}$  angeboten. Zink unverändert. — Schönes Wetter.

**Amsterdam, 20. März.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen pr. März 285, pr. Mai 290, pr. Juni 284, pr. Juli 274. Rübsöl per März 36 1/2, pr. November-Dezember 37 1/2.

**London, 20. März.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 29,490, Gerste 6960, Hafer 33,870 Quartiers.

Weizen ruhig. Zu fremdem nur Detailgeschäft zu Preisen vom letzten Montag. Gerste unverändert. Hafer williger. Leinöl ab Hull loco 33 1/2. Regenwetter.